Hessen 2030: Solidarisch nach vorn!

Einleitung: Unser Land nach vorne bringen! Hessen solidarisch gestalten.

Was wir für Hessen wollen:

1. **Arbeit und Wirtschaft solidarisch gestalten**
2. **Verteilungs- und Steuerpolitik solidarisch gestalten**
3. **Digitalisierung und technischen Fortschritt solidarisch gestalten**
4. **Die sozial-ökologische Transformation solidarisch gestalten**
5. **Städtebau und Wohnungspolitik solidarisch gestalten**
6. **Die ländlichen Räume und ihre Mobilität solidarisch gestalten**
7. **Gesundheit und Pflege solidarisch gestalten**
8. **Grundrechte- und Sicherheitspolitik solidarisch gestalten**
9. **Bildungspolitik solidarisch gestalten**
10. **Sozial- und Armutspolitik solidarisch gestalten**
11. **Integration solidarisch gestalten**
12. **Inklusion solidarisch gestalten**
13. **Unsere Demokratie sichern und weiterentwickeln**

Was wir wollen: Hessen soll 2030 wieder vorn sein!

Einleitung: Unser Land nach vorne bringen! Hessen solidarisch gestalten

Hessen war einmal das Hauptland gesellschaftlicher Solidarität in Deutschland und soll es wieder werden. Die SPD steht seit 150 Jahren für Solidarität, Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe in Staat und Gesellschaft.

Die vergangenen Jahre waren von einer Reihe einander überlappender Krisen bestimmt: die Klimakrise, die Finanzkrise, die Flüchtlingskrise. Zuletzt kamen noch die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine hinzu. Unser Bundesland wirkte in dieser Zeit eigentümlich gelähmt und schlaff. Von einem Geist des Aufbruchs war nichts zu spüren. Es wird deshalb Zeit, Hessen wieder solidarisch zu gestalten und nach Jahren der Stagnation wieder nach vorne zu bringen. Dabei setzen wir auf den Geist kreativer Freiheit und zielen auf eine sozial gerechte Verteilung von Chancen, Ressourcen und den Früchten der Arbeit.

Heute, wo sich in einem verschärften digitalen und globalen Kapitalismus Finanzmittel, Produktion, Handel, Daten und Profite weltweit in immer weniger Händen konzentrieren, werden vermehrt die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Schäden dieser Entwicklung sichtbar. Dieser lange schon beobachtete Graben zwischen Arm und Reich ist erst recht durch die Pandemie und die infolge des Krieges in der Ukraine gestigenen Energiekosten vertieft worden. Die Armuts- und Reichtums-Berichte registrieren ein

eklatantes Anwachsen von Reichtum insbesondere im Hinblick auf Vermögen, die immer auch mit gesellschaftlicher Macht verbunden sind, bei gleichzeitiger Verschärfung von Armut. So entzieht sich ein mit Privilegien und Kommunikationsmacht versehener Teil der Gesellschaft tendenziell demokratischer Kontrolle. Hinzu kommt die zutiefst erschreckende Zerstörung des Planeten in vielen Dimensionen. Daher sieht sich unsere Gesellschaft vor die große Herausforderung einer umfassenden Transformation gestellt. Dieser Aufgabe stellt sich die SPD als Partei, der es um Solidarität und damit den Zusammenhalt der Gesellschaft geht, weil diese Jahrtausendaufgabe nur gemeinsam gemeistert werden kann.

Dazu gehört: Die globalisierten Finanzmärkte müssen demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Ihre Dienstleistungsfunktion muss für wirtschaftliche, ökologische und soziale Zwecke genutzt und ihr übergroßes Spekulationspotential entschieden eingehegt werden.

Noch nie in der Geschichte war regionaler Konsum so sehr von globaler Produktion abhängig, und niemals floss so viel Kaufkraft aus den Regionen an internationale Kapitaleigner ab wie heute. Es ist an der Zeit, Produktion, Wertschöpfung und Handel wieder in unsere Regionen, Städte und Dörfer zurückzuholen und zu erden. Deshalb müssen wir lokale und regionale Wertschöpfungsnetzwerke aufbauen und fördern.

International aufgestellte Konzerne müssen einer gerechten Besteuerung unterworfen werden. Steuern müssen auch den

Regionen zugutekommen, von deren hochwertiger Infrastruktur die Unternehmen profitieren.

Wohnen ist ein Grundrecht. Mieten in Stadt und Land müssen für normale Einkommen wieder bezahlbar werden. Erschwingliche Mobilität mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln und überall verfügbare digitale Netze werden das Leben auf dem Land attraktiver machen.

Migration und der Aufenthaltsstatus von Zugewanderten sind ein Thema der Solidarität. Solidarität muss entlang des sozialen Bedarfs aller bei uns lebenden Menschen organisiert werden. So wie Integration müssen wir auch Inklusion solidarisch denken. Sie muss Teilhabechancen für alle beinhalten – aber auch und erst recht für behinderte Menschen.

Fortschritt muss künftig bedeuten, dass die Belastung unserer Um- und Mitwelt klimaneutral ausgestaltet wird. Ökologische und soziale Verträglichkeit sind gleichrangige Maßstäbe unserer Politik. Das Bruttoinlandsprodukt darf nicht mehr das einzige Signal von Wohlstand sein, sondern wir werden uns an den vielfältigen Kriterien „menschlicher Entwicklung“ messen lassen.

Wir wollen eine gerechte, nachhaltige und überlebensfähige Gesellschaft gestalten. Das wird, wie alle Themenfacetten zeigen, nur gelingen im Geist der Solidarität. Sie bringt uns nach vorne und ist in der sozialdemokratischen DNA zutiefst verankert.

1. Wir wollen Arbeit und Wirtschaft solidarisch gestalten

Wer Arbeit und Wirtschaft stärken und solidarisch gestalten will, der muss für faire Wettbewerbsregeln sorgen und die Verteilung von Wertschöpfung neu überdenken. Gewinne müssen angemessen besteuert und gerecht verteilt werden.

Die Arbeitswelt wandelt sich. Wo neue Berufe und Tätigkeiten entstehen, braucht es ausreichende soziale Sicherungen, mehr Tarifverträge, zuverlässigen Arbeitsschutz und einen Zugang zu den Mechanismen der Tarifautonomie. Importierte Angebote und Produkte, die auch aufgrund eines niedrigen Niveaus sozialer Absicherung Preisvorteile haben, müssen preiswirksam in das System sozialer Sicherung einbezogen werden. Wir stimmen dem europarechtlichen Grundsatz der gleichen Arbeitsbedingungen am gleichen Ort zu, aber er muss sich auch in angemessener Besteuerung der Unternehmen widerspiegeln.

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung des Gesundheitswesens und der sozialen Berufe neu ins Bewusstsein gerufen. Das muss Folgen für die Arbeitsbedingungen und die Bezahlungen im Sozial- und Gesundheitswesen haben. Dort braucht es konsequente Tarifbindungen, allgemeinverbindliche Tarifverträge und wesentlich bessere Personalschlüssel.

Die Grundsicherung für Arbeitssuchende muss zunehmend armutssicher und bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Ein langjähriger Bezug

von Arbeitslosengeld II entspricht nicht dem Ziel und Zweck des Sozialgesetzbuches II im Sinne einer sozialen Eingliederungspolitik. Die Förderung muss abschlussorientiert ausgestaltet und von der reinen finanziellen Unterstützung entkoppelt werden. Die Durchsetzung des Mindestlohns und die Einführung des Bürgergeldes (anstelle von Hartz IV) sind daher Erfolge sozialdemokratischer Politik. Allen Arbeitssuchenden sollte angeboten werden, in öffentlich finanzierten Bereichen zu arbeiten, wenn eine Vermittlung in Erwerbsarbeit nach dreimonatiger Übergangsfrist nicht erfolgreich war.

2. Wir wollen Verteilungs- und Steuerpolitik solidarisch gestalten

Die Solidarität einer Gesellschaft bemisst sich vor allem an gerechten Steuersystemen. Große Teile unserer Bevölkerung profitieren derzeit nicht ausreichend von den Ressourcen der Gesellschaft und den Früchten ihrer Arbeit. Das müssen wir ändern.

Zu viele Menschen finden nicht aus Armut und prekären Lebensverhältnissen heraus, während privilegierte Schichten, Erben und Teilhaber an Großunternehmen Vermögen anhäufen. Wer erbt, der wird reich, wer nicht erbt, bleibt arm! Hier muss angesetzt werden: Erbschaftssteuer und der Spitzensteuersatz für die wirklichen Spitzenverdiener – etwa 5% der Bevölkerung – sollten erhöht werden. Die Belastung der arbeitenden Mittelschicht muss dagegen verringert und die Steuerprogression überprüft werden.
Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als ein Turbokapitalismus, der durch den Sozialstaat abgefedert wird. Deshalb sollten Großunternehmen, Einnahmen aus Immobilien und Unternehmensbeteiligungen deutlich stärker besteuert werden als das Arbeitseinkommen. Große Vermögen sind mit einer Vermögenssteuer zu belegen, ebenso Kapitalerträge und die Gewinne aus „nichtmenschlicher“ Arbeit. Kleine Unternehmen und die Mittelschicht der Gesellschaft müssen hingegen entlastet werden. Das macht den Unterschied und muss deshalb durchgesetzt werden.

Wir wollen eine Umsatzsteuer, die deutlichere Anreize bietet, damit sich die Lebensqualität erhöht, indem der ökologische und soziale Umbau, regionale Produkte, ein klimaneutrales Wirtschaften und ein verpackungsarmer Handel gefördert werden. Regionale, umweltfreundliche und unter Sozialstandards im In- und Ausland hergestellte Produkte sollen einen niedrigen Steuersatz erhalten. Auch müssen der Wettbewerb der Gewerbesteuer und die Grundsteuer zugunsten kleinerer Unternehmen und kultureller sowie sozialer Nutzungen überprüft werden.

3. Wir wollen Digitalisierung und technischen Fortschritt proaktiv und solidarisch gestalten

Wir befinden uns mitten in dynamischen Digitalisierungsprozessen, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Dem können wir uns nicht entziehen. Das Recht auf einen freien Internetzugang muss in diesem Zusammenhang auch durch den Ausbau des Netzes im Flächenland umgesetzt werden. Grundsätzlich sollten wir alle Chancen nutzen, die sich aus der proaktiven Mitgestaltung der Digitalisierung ergeben. Ein „digitaler Humanismus“ (Julian Nida-Rümelin) bildet die Grundlage für eine menschliche, soziale und ökologisch nachhaltige Digitalisierung.

Ein aktuelles Beispiel: Die Corona-Pandemie hat viele Menschen gezwungen, die Chancen des „Homeoffice“ zu nutzen. Das hat Geschäftsreisen eingespart, mitsamt ihren Kosten und dem CO2-Verbrauch, der mit solchen Reisen verbunden ist. Auch brauchte es weniger Büroräume. Die Arbeitswelt verändert sich dadurch. Auch wenn soziale Kontakte dadurch eingeschränkt werden, ist das Homeoffice für viele Menschen, Firmen und Betriebe durchaus sinnvoll. In begrenztem Umfang muss es dauerhaft ermöglicht werden. Dieses Beispiel zeigt, wie eng ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte zusammenhängen. Wo Digitalisierung zur Arbeitserleichterung und zu besseren Kommunikationsmöglichkeiten führt, dient sie auch den Menschen. Digitaler Humanismus und Solidarität gehören daher zusammen.

Die Digitalisierung bietet viele Chancen, aber sie birgt auch Risiken, derer wir uns bewusst sein sollten. Der Schutz vor allem von Kindern vor den Gefahren der Digitalisierung muss vorrangig sein. Wenn der Nutzen der Digitalisierung ihre Risiken überwiegen soll, müssen wir Bildungsangebote schaffen, die den Umgang mit ihr in kompetenter und menschengerechter Weise ermöglichen. Diese Bildungsangebote müssen möglichst schon im Kindesalter ansetzen und mit einer altersgemäßen Reflexion der digitalen Möglichkeiten verbunden sein. Die Digitalisierung soll nicht zur „digitalen Demenz“, sondern zur digitalen Mündigkeit führen.

Digitale Medien haben noch andere Schattenseiten. Wo Hatespeech, Cybermobbing und Online-Stalking stattfinden, sammelt und verstärkt sich eine Mentalität des Hasses, die bereits zu Gewalttaten geführt hat. Dem muss rechtlich konsequent entgegengetreten werden. Zur Abwehr von Gefahren muss auch die Cybersicherheit gestärkt werden. Und Großkonzerne wie Google und Facebook müssen auch durch die Zahlung von Steuern dazu beitragen, dass Digitalisierungsprozesse sozial, ökologisch und menschlich in verantwortungsvoller Weise erfolgen.

4. Wir wollen die sozial-ökologische Transformation solidarisch gestalten

Um die Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu sichern, muss unsere technisch-industriell geprägte Zivilisation fundamental umgebaut werden. Ressourcenentnahme ebenso wie Abfälle und Emissionen[1] müssen drastisch gesenkt und in eine Kreislaufwirtschaft überführt werden. Technische Mittel und Ingenieurskunst reichen für eine solche Umgestaltung von Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Mobilität und Wohnen[2] nicht aus. Mehr noch bedarf es einer neuen, auch selbstkritischen Kultur der Achtsamkeit und des Maßhaltens.

Die sozial-ökologische Transformation zugunsten des Lebens kann nur gelingen, wenn die Gesellschaft national und weltweit gleichzeitig zu entschieden größerer sozialer Gerechtigkeit umgebaut wird. Die finanzielle Kraftanstrengung zugunsten einer vehementen Aufrüstung zeigt, dass eine Gesellschaft für wesentliche Ziele die notwendigen Mittel aufbringen kann, wenn die Politik so entscheidet. Eine „Zeitenwende“ zu mehr Klimaschutz, Artenschutz und für den sozialökologischen Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft ist längst überfällig; dazu gehört der massive Ausbau erneuerbarer Energien in

[1] Etwa: CO2, Plastikmüll, Atommüll, Reststoffe chemischer und pharmazeutischer Produktion (usw.).

[2] Die Aufzählung ist nicht erschöpfend, aber es muss klar sein, dass alle Lebens- und Arbeitsbereiche an einer solchen Transformation beteiligt sind.

einer Form, die keine neue Abhängigkeit von Monopolstrukturen schafft. Auch Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung sind kurz- und mittelfristig von großer Bedeutung. Einschlägige Konzepte verfolgen das Ziel, sich vor Ort auf die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels einzustellen. Alle diese Maßnahmen müssen bereichsübergreifend erfolgen. Dafür wird die SPD Hessen einen *„Masterplan gerechter und nachhaltiger Umbau der Gesellschaft“* erstellen und an zentraler Stelle politische Verantwortung für die Umsetzung übernehmen.

In der Tradition der SPD gehören Demokratie und soziale Gerechtigkeit immer schon zusammen. Deshalb wollen wir, dass große Vermögen und hohe Einkommen angemessen an den Kosten des Transformationsprozesses beteiligt werden. Mit nationalen Anstrengungen alleine ist der Umbau nicht zu stemmen. Eine Kooperation mit europäischen und transatlantischen Partnern ebenso wie mit den Gesellschaften des globalen Südens sind dringend erforderlich. Die globalen Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung („Sustainable Development Goals“) sind ein hervorragendes, umsetzbares Leitbild für politisches Handeln.

Je entschiedener und schneller wir den Umbau mit hohem Mitteleinsatz angehen, desto größer sind die Chancen des Gelingens und desto günstiger die langfristig anfallenden Kosten[3]. Der Verlust der

[3] Die schon 2006 vorgelegte volkswirtschaftliche Berechnung des ehemaligen Chefökonomen der Weltbank, Sir Nicolas Stern, hatte nachgewiesen, dass sofortiges Handeln (gegen den Klimawandel) 1 % der weltweiten Wirtschaftsleistung kosten würde, ein „weiter so“ das Fünf- bis Zwanzigfache. Seitdem sind 17 Jahre vergangen!

Artenvielfalt muss unbedingt gestoppt werden! Ohne Artenvielfalt gibt es kein Leben. Dies, die Reduktion der Stickstoffeinträge und die Klimafrage sind dabei global gesehen die Schlüsselaufgaben: Gelingt es, den menschenbedingten Klimawandel aufzuhalten und das „1,5 Grad“-Ziel einzuhalten? Die konsequente Förderung erneuerbarer bzw. „grüner“ Energie (Solarenergie, Wasserkraft und Windkraft, Erdwärme und Bioenergie) ist ein entscheidender Schritt auf diesem Weg. Sicher ist: Es geht hierbei um weltweite Solidarität, die je regional (in Hessen wie in den anderen Bundesländern, aber auch in allen Ländern der Erde) beantwortet werden muss.

5. Wir wollen Städtebau und Wohnungspolitik solidarisch gestalten

In Hessen leben 83% der Bevölkerung in Städten.[4] Damit ist das Bundesland fast ein Spiegelbild Europas, wo dies für 80% aller Menschen gilt. Gerade in den Städten und Ballungsräumen gibt es Wohnungsnot, und hier sind in den letzten Jahren die Mieten erheblich angestiegen. Die SPD will und wird hier kraftvoll gegensteuern.

Ein Bundesland allein kann aber keine wirkungsvolle „Mietpreisbremse“ beschließen. Es kann im Bundesrat nur für diese Bremse werben. Und es muss dafür sorgen, dass an geeigneten Stellen gebaut wird. Niemand sollte mehr als 30% seines Einkommens für Wohnraum ausgeben müssen. Nötig ist auch eine faire Gewerbemietenbegrenzung.

Prävention ist besser als Intervention. Das gilt auch für das Bauen: Es muss von Anfang an inklusiv und barrierefrei geplant werden, denn die nachträgliche Berücksichtigung dieser Anliegen kommt in der Regel sehr viel teurer. Auch sollten alle neu zu errichtenden Quartiere sozial gemischt angelegt werden, um der Entstehung von kulturell und sozial abgehängten Stadtteilen vorzubeugen.

Da 30% des CO2-Ausstoßes auf das Errichten und Unterhalten von Gebäuden zurückgehen, muss der Bau von Häusern und Wohnungen

[4] Felix Rösel und Timo Weishaupt: „Städte quellen über, das Land dünnt sich aus: Anteil der Landbevölkerung auf niedrigstem Stand seit 1871“, S.5, in: https://www.ifo.de/DocDL/ifoDD_20-02_04-06_Roesel.pdf (abgerufen am 20.9.2021).

nicht nur sozial, sondern auch ökologisch nachhaltig gestaltet werden. Damit Menschen sich in ihren Wohnvierteln und Stadtteilen wohlfühlen können, ist eine gute Infrastruktur notwendig, die bei allen Planungsverfahren berücksichtigt werden muss. Wenn Paris eine „15-Minuten-Stadt“ werden kann, in der man zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb von 15 Minuten alles erreicht, was man im Alltag benötigt, kann das auch für unsere Städte gelten. Mobilitätsplattformen können die intelligente Kopplung von Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr ebenso wie Sharing-Lösungen ermöglichen. Ebenso braucht es Grünflächen und autofreie Zonen.

6. Wir wollen die ländlichen Räume und ihre Mobilität solidarisch gestalten

Die ländlichen Räume müssen endlich wieder gestärkt werden. Dazu ist es nötig, Bildung, Beschäftigung und Vitalität auf dem Land zu fördern und eine moderne und qualitativ hochwertige Mobilität sicherzustellen. Dabei müssen die Menschen vor Ort frühzeitig mit ihren Ideen und ihrem Engagement in die Erneuerungs- und Gestaltungsprozesse eingebunden werden.

Die Stärkung der ländlichen Räume trägt auch zur Entlastung der Ballungsräume bei. Denn schon jetzt ziehen vor allem junge Familien, wenn die erforderlichen Infrastrukturen vor Ort gegeben sind, in ländliche Räume, weil das Leben in Großstädten immer teurer und auch unsicherer wird. Leider wird eine solche, auch dem demografischen Wandel entgegenwirkende Entwicklung erschwert, weil es in den letzten Jahrzehnten zu einer Verödung von Kleinstädten und Dörfern gekommen ist.

Wo früher reges Leben mit Geschäften, Kleinindustrie, handwerklicher Produktion und Gastronomie, Vereinen, Innovationen und Traditionen herrschte, sind viele Menschen heute zum klimaschädlichen Pendeln in die Großstadt gezwungen. Alternativ könnte man – zum Beispiel – die großen Supermarktketten zum Betrieb oder zur Förderung von

Dorfläden verpflichten, statt die „Berufs- oder Einkaufspendler“ mit einer Ausgleichszahlung für ihren CO 2-Verbrauch zu bestrafen.

Für Kunst, Kultur und Angebote wie Jugendfreizeiteinrichtungen sind Mindeststandards zu definieren, die eine Nahversorgung garantieren.

Das „Homeoffice“ kann gerade auf dem Land noch mehr an Bedeutung gewinnen. Aber ebenso wichtig ist ein leistungsfähiger ÖPNV. Er muss ausgebaut, attraktiver gestaltet und z.B. flächendeckend mit Klimatisierung versehen werden. Neue Trassen, kürzere Taktungen und neue klimafreundliche Mobilitätskonzepte sind zu fördern und zu erproben. Bahnhöfe sind wieder mit dauerhaft ansprechbarem Personal auszustatten, die für Information, Sicherheit und Sauberkeit verantwortlich sind.

Für mehr Beschäftigung braucht es einen Ausbau der digitalen Netzinfrastruktur. Kleinstunternehmen und inhabergeführte Geschäfte, regionale Produkte und Gastronomie müssen weitgehend von Abgaben, Steuern und Bürokratie entlastet, der Steueranteil insbesondere von monopolähnlichen Großunternehmen, Transporten und digitalen Plattformen dagegen deutlich auch zugunsten der Kommunen erhöht werden.

Die notwendige Einbindung der Menschen vor Ort in die anstehenden Erneuerungs- und Gestaltungsprozesse kann unter anderem mit Hilfe von Zukunftswerkstätten und Leitbilddiskussionen geschehen. Dabei darf keine gute Idee untergehen, und jede Chance der Umsetzung muss genutzt werden.

7. Wir wollen Gesundheit und Pflege solidarisch gestalten

Im Mittelpunkt eines solidarischen und leistungsfähigen Gesundheitswesens stehen die Patientinnen und Patienten mit ihren konkreten Bedürfnissen. Wir müssen auf die besonderen Bedarfe von Frauen, Kindern und älteren Menschen schauen. Für alle aber gilt: Wer Arzttermine braucht, muss sie in angemessener Frist bekommen können. Insbesondere in ländlichen Regionen ist die haus- und fachärztliche Versorgung zu stärken.

Daher gilt: Wir brauchen eine intelligente Vernetzung von Arztpraxen, Medizinischen Versorgungszentren, Krankenhäusern, ärztlichem Bereitschaftsdienst, ambulanter Hauskrankenpflege, Apotheken und Rettungsdiensten. Das wird die Krankenbehandlung vor Ort verbessern und Krankenhäuser entlasten.
Hausbesuche, der ärztliche Bereitschaftsdienst und sonstige ambulante Dienste müssen ausgebaut werden. Die Arbeitsbedingungen und die Gehälter in der Pflege müssen verbessert werden. Wir wollen die Würde pflegebedürftiger Menschen wirksamer abzusichern, die Tätigkeit von rechtlichen Betreuern verbessern, sie überwachen und Betreuungsvereine fördern. Auch die Rahmenbedingungen für legale und erschwingliche 24-Stunden-Betreuungen im eigenen Haushalt müssen sich verbessern.

Es ist zu prüfen, wie eine kommunale Pflegeberatung auf Grundlage der sozialen Daseinsvorsorge und des Sozialgesetzbuches etabliert werden kann, ohne die Pflegekassen aus ihren Beratungspflichten zu entlassen. Generationenübergreifende Versorgungsmodelle sind zu fördern, die fußläufig erreichbare Nahversorgung älterer Menschen mit Gütern und Diensten des täglichen Lebens ist eine Querschnittsaufgabe in der Wirtschafts-, Steuer- und Bauplanungspolitik.

Wir brauchen eine kluge Krankenhausplanung, die nicht nur ökonomischen Kriterien folgt, sondern dazu beiträgt, überall in Hessen eine solide Grundversorgung sicherzustellen. Das Land muss mehr in sein Gesundheitssystem investieren. Aber es sollten mit diesen Investitionen auch freie Träger nach den Prinzipien der Vielfalt und Subsidiarität gestärkt werden. Niedergelassene selbstständige Ärzte und Labore müssen gesichert werden, damit sie neben Praxisketten von Großunternehmen bestehen können.

Die SPD steht auch künftig für eine Bürgerversicherung. Wir wollen keine Zwei-Klassen-Medizin, sondern ein stärkeres und gerechteres Gesundheitssystem für alle. Uns ist bewusst, dass wir dafür über die Grenzen unserer Partei hinaus Allianzen und Mehrheiten brauchen. Dafür werben wir.

Schließlich: Forschung, Innovationskraft, Autonomie und Krisensicherheit des Gesundheitswesens müssen im europäischen Kontext gestärkt werden. Firmen wie „Biontech“ sind in ihrer Innovationskraft

und Exzellenz vorbildlich. Daher muss unser Bundesland den Mut haben, vergleichbare Unternehmen als „Startups“ besonders zu fördern.

8. Wir wollen Grundrechte- und Sicherheitspolitik solidarisch gestalten

Innere Sicherheit und Freiheit sind für die Sozialdemokratie zwei Seiten der einen solidarischen Medaille. Jede Bürgerin, jeder Bürger hat ein Anrecht auf Achtung und deshalb ein Recht auf Schutz vor Unrecht, Gewalt und Übergriffen aller Art. Wir stehen daher zu einem starken Staat, der den gesamtgesellschaftlichen Frieden wahrt und die Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Einkommen und Vermögen umfassend vor Kriminalität schützt. Dies ist nur durch einen starken und effektiven Rechtsstaat und eine wehrhafte Demokratie zu garantieren.

Jede Bürgerin, jeder Bürger hat ein Anrecht auf Achtung und deshalb ein Recht auf umfassenden Schutz und Gewährleistung der bürgerlichen Freiheiten. Dazu bedarf es einer starken Justiz, einer wachsamen Zivilgesellschaft und auch einer spürbaren Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit, um in Konfliktfällen Recht durchsetzen zu können.
Die Corona-Pandemie hat uns erstmalig in der deutschen Nachkriegsgeschichte schmerzlich gezeigt, dass der Staat auch in einer rechtsstaatlichen Demokratie in Notsituationen erheblich in Grundrechte eingreifen muss. Dies muss allerdings immer rechtmäßig und verhältnismäßig geschehen. Transparenz und Aufklärung über solche Ein-

griffe in die Grundrechte sind zwingend erforderlich. In jedem Einzelfall ist durch eine unabhängige Justiz eine juristische Überprüfung der getroffenen Maßnahmen garantiert. Dies muss auch künftig so bleiben. Ja, es muss immer wieder neu geprüft werden, wo Freiheiten noch besser geschützt und ausgebaut werden können.

Sicherheit und Freiheit sind als die zwei Seiten einer Medaille immer auch Fragen der gesellschaftlichen Solidarität, also des gewollten gemeinschaftlichen Zusammenhalts. Wer die Gesellschaft zusammenhalten und nicht spalten will, der muss auch Freiheit und Sicherheit zusammenhalten.

9. Wir wollen Bildungspolitik solidarisch gestalten

Alle Menschen sind bildungsfähig und bildungsbedürftig. Gute Bildung ist daher ein Menschenrecht, und Bildungs- und Sozialpolitik gehören zusammen. Die Globalisierung und die globale Digitalisierung fordern noch mehr Investitionen in das Bildungssystem. Gute Bildung ist auf allen Ebenen und für jedes Lebensalter unabdingbar, ob es sich um frühkindliche, schulische oder berufliche Bildung handelt. Sie endet auch nicht beim Meister oder Master oder in der Weiter- oder Erwachsenenbildung. Sie schließt non-formale Bildungsprozesse ein. Wir brauchen gute Bildung, um unseren Wohlstand für möglichst viele zu sichern.

Deshalb müssen wir unser Bildungssystem stärken durch eine Weiterentwicklung der Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher und durch bessere Bezahlung in diesen Berufen. Auch die Aus- und Fortbildung von Lehrer/innen muss reformiert und verbessert werden. Der Rechtsanspruch auf Betreuung und Bildung muss ebenso durchgesetzt werden wie die schnellere und konsequentere Digitalisierung an den Schulen.

Individuelle Förderung ist ein Gebot der Solidarität. Menschen dürfen nicht etwa aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe oder ethnischen Herkunft oder aufgrund ihres sozialen Status benachteiligt werden. Wir setzen uns für eine bessere individuelle Förderung und Unterstützung für von Ausgrenzung und Benachteiligung betroffene

Menschen ein. Chancengerechtigkeit durch bessere Bildung muss das Ziel sein.

Das Land Hessen muss die berufliche Bildung stärken, aber auch Forschung und Lehre finanziell stärker fördern. Bestimmte Berufsbilder, die von jungen Menschen bisher nicht so stark nachgefragt werden, müssen stärker beworben und gefördert werden. Wir brauchen bei alledem aber auch eine gute politische Bildung als Bestandteil des Bildungswesens überhaupt. Die Demokratie ist ohne gehaltvolle politische Bildung nicht überlebensfähig. Diese muss auch eine historische Bildung einschließen, damit die Bürgerinnen und Bürger politisch urteilsfähig werden.

10. Wir wollen Sozial- und Armutspolitik solidarisch gestalten

Gute Sozial- und Armutspolitik ist ein Eckpfeiler einer solidarischen Gesellschaft. Das Scheitern der jetzigen hessischen Armutspolitik ist aber offensichtlich. Denn auch in Hessen geht die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander, stärker sogar als in den meisten anderen Bundesländern und im Bundesdurchschnitt.[5] Die Armut hat sich bis weit in die Mitte der Gesellschaft gefressen und umfasst vor allem Alleinerziehende, junge Menschen und Erwerbslose. Die SPD kann das nicht hinnehmen. Sie wird einen Politikwandel einleiten, zugunsten derer, die Hilfe und Unterstützung benötigen.

Eine konsequent solidarisch ausgerichtete Politik muss daran ansetzen, Menschen mit Armutserfahrung viel stärker als bislang selbst in die notwendigen Änderungsprozesse einzubinden. Wir müssen deren Beteiligungsmöglichkeiten aktiv fördern und dabei eine Mischung aus persönlicher und digitaler Beteiligung ermöglichen. Die Förderung der Selbstorganisation von Betroffenen muss ausgebaut werden. Dazu ist auch eine Landesarmutskonferenz nötig. Außerdem muss die sozialräumliche Infrastruktur gestärkt werden, um niedrigschwellige Begegnungs-, Vernetzungs- und Bildungsorte zu schaffen.

[5] Die Armutsgefährdungsquote in Hessen ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen: Von 12,0% Hessen / 14,0% Deutschland (2006) auf 16,1% Hessen / 15,9% Deutschland (2019 Mikrozensus).

Neben einer materiellen Besserstellung müssen Teilhabemöglichkeiten u.a. im Sozialraum verbessert werden (z.B. Hessenpass). Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum ist eine wesentliche Voraussetzung. Das Ziel ist die Verwirklichung einer umfassenden persönlichen und digitalen Partizipation, die als Standard allen Menschen zugänglich sein soll. Dazu benötigen wir in Hessen ineinandergreifende Armutspräventionsketten, die durch eine Koordinationsstelle auf Landesebene unterstützt werden. Daneben benötigen wir digitale Veranstaltungsformate zur Selbstorganisation von Menschen mit Armutserfahrung. Dafür müssen ihnen geeignete Hardware, Software und Datenvolumen zur Verfügung gestellt werden.

11. Wir wollen Integration solidarisch gestalten

Integration ist derjenige Aspekt von Solidarität, der das Miteinander von unterschiedlichen Menschengruppen in einem Land betrifft, das durch Migration geprägt ist. Spätestens heute sollte allen klar sein, dass Einwanderung sowohl der klaren Orientierung an Menschenwürde und Menschenrechten als auch einer klugen und sensiblen Steuerung bedarf. Wo etwa Fachkräfte im eigenen Land in großer Zahl fehlen, wird Einwanderung zu einem entscheidenden wirtschaftlichen Faktor. Allerdings muss Migration auch und gerade dann im Blick auf Bedarfe hier und solche in den Herkunftsländern gerecht gestaltet werden.

Deutschland tat sich jahrzehntelang schwer, sich selbst ein klares integrationspolitisches Profil zu geben. Begriffe wie „Einwanderungsland“ und „Migrationsgesellschaft“ wurden gemieden. Auch wurden Migrations- und Integrationspolitik nicht als selbstverständliche Bestandteile der Sozialpolitik verstanden. Geflüchtete sollten nicht integriert, sondern ferngehalten werden. Und Migranten galten als Leiharbeiter, die nach „Gebrauch“ wieder nach Hause zu gehen hatten.

Im „Sommer der Migration“ 2015 schien sich ein Fenster in Richtung einer vorausschauenden und nachhaltigen Integrationspolitik zu öffnen. Aber bereits 2016 setzte die Politik wieder mehr denn je auf

Abschottung und Ausgrenzung. Wirklich geändert hat sich die Flüchtlingspolitik erst mit den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine, die zum ersten Mal in der europäischen Geschichte nach der „Europäischen Richtlinie zum vorübergehenden Schutz“ aufgenommen wurden, was einschließt, dass sie nicht in langwierige Asylverfahren müssen und von Anfang an Zugang haben zu Integrationsmaßnahmen, Ausbildung und Arbeit sowie menschenwürdige Sozialleistungen. Dieser neue Geist einer statusunabhängigen Integration vom ersten Tag an könnte zur Blaupause werden für den zukünftigen Umgang mit Geflüchteten in unserem Land.

Auch sollten wir nicht länger hinnehmen, dass Menschen auf der Flucht im Mittelmeer sterben müssen (mehr als 25.000 Personen seit 2014!) und Schutzsuchende vor den Toren und an den Grenzen Europas in großer Zahl misshandelt und menschenrechtswidrig behandelt werden; dass Menschen abgeschoben werden, obwohl sie längst bei uns angekommen sind; und auch, dass für viele Menschen Rassismus und Diskriminierung zu Alltagserfahrungen geworden sind.

Deshalb muss es in der Zukunft um die Integration der Gesellschaft als Ganzes gehen, nicht um die Integration „der Anderen“. Das ist ein Prozess der Bewusstseinsbildung und eine demokratische Notwendigkeit. Denn für alle Menschen gilt die verbindliche Werteorientierung unserer freiheitlichen Demokratie: die unantastbare Würde jeder und jedes Einzelnen, die Gleichstellung der

Geschlechter, der Schutz vor Gewalt und Diskriminierung. „Nur ein demokratischer Prozess, der für eine angemessene Ausstattung mit und eine faire Verteilung von Rechten sorgt, kann Solidarität stiften“ (Jürgen Habermas).

12. Wir wollen Inklusion solidarisch gestalten

Inklusion bedeutet gelebte Solidarität, die darauf zielt, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. In der UN-Behindertenrechtskonvention (2006) wurde das universale Recht auf Inklusion festgeschrieben, im Jahre 2009 trat es als innerstaatliches, deutsches Recht in Kraft. Inklusion ist also deutlich mehr als ein Kulturbegriff. Sie beinhaltet vielmehr die Perspektive einer veränderten, inklusionsfreundlichen Gesellschaft.

Die Konvention nennt „vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten“ für Menschen mit Behinderung wie auch ihre „volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft“ ausdrücklich als umfassende politische Zielperspektive. Ob im Blick auf Schule, Bildung allgemein, Kultur, Wohnen, Arbeitsleben, Politik - für Menschen mit und ohne Behinderung müssen überall geeignete Lebensbedingungen und Chancen zur Entfaltung geschaffen werden. Die Hilfen und Strukturen der Unterstützung müssen dabei dem Umfang und den Formen von vorhandenen Einschränkungen entsprechen.
Die wirksame Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Hessen sollte mehr als bisher zu spürbaren Veränderungen führen. Es braucht gute Beratung, mehr Zugänglichkeit, verbindliche Kommunikation und bedarfsgerechte Gewährung von Leistungen. Individuelle Leistungen und

Hilfepläne sollten nicht primär Kostengesichtspunkten, sondern objektiv-wissenschaftlich festgestellten und individuell geäußerten Hilfebedarfen folgen. Der Übergang in Beschäftigungsverhältnisse auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder in der öffentlichen Verwaltung muss verbessert werden. Dazu zählen auch die Bedingungen für Werkstätten und deren Beschäftigte. Beratung und Assistenzleistungen für Menschen mit Behinderung sollten ortsnah und zugänglich sein. Wohnangebote und Dienste für Menschen mit Behinderung sowie deren Mitarbeitende bedürfen einer auskömmlichen Finanzierung. Die Erhöhung entsprechender Haushaltsansätze ist zu prüfen.

13. Wir wollen unsere Demokratie sichern und weiterentwickeln

Wir wollen unsere Demokratie sichern und auf allen Ebenen weiterentwickeln. Dazu benötigen wir einen starken Rechtsstaat und einen offenen, politisch gewollten gesellschaftlichen Diskurs, der sich auch auf moderne Kommunikationsformen stützt, vorurteilsfrei und nicht ausgrenzend sein soll. Hessen als das einstige Hauptland gesellschaftlicher Solidarität muss auch in diesem Sinne wieder nach vorne kommen.

Unser demokratisches Gemeinwesen beruht auf einer solidarischen Gesellschaft urteilsfähiger Bürger. Vielfalt braucht Gemeinsamkeit und umgekehrt. Gemeinsame Werte, Regeln, Bildungsgüter und Informationsquellen und die Teilhabe an Kultur, Wohlstand und politischer Meinungsbildung sind zentrale Bedingungen. Die fortschreitende Aufspaltung in ethnische und soziale Milieus und Desinformationsblasen sowie die Ablösung der demokratisch gestaltenden Gesellschaft durch dominante Marktakteure und Kapitaleigner gefährden die Demokratie. Eine gerechte, nachhaltige und lebensfähige Gesellschaft kann sich nur dann auf Dauer erfolgreich entwickeln, wenn sich alle Bürgerinnen und Bürger ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind und sich in einem solidarischen Miteinander einbringen. Hierzu bedarf es eines Bekenntnisses zur Demokratie und zur aktiven Zivilgesellschaft auf allen politischen Ebenen.

Die Aufgabe der Politik besteht vor diesem Hintergrund darin, einen wirksamen gesetzlichen Rahmen zur Verwirklichung des Gemeinwohls zu schaffen. Das staatliche Recht muss dabei die Garantie gegen das Recht des Stärkeren bleiben. Es ist in diesem Zusammenhang gut und sinnvoll, sich an die geschichtlichen Stationen zu erinnern, die zur Genese unseres heutigen demokratischen Gemeinwesens führten: Das erste gesamtdeutsche Parlament in der Paulskirche in Frankfurt am Main 1848 ist dabei ebenso bedeutsam gewesen wie die Ausrufung der Republik durch einen Sozialdemokraten 1918 und die Verabschiedung unseres heute noch geltenden Grundgesetzes 1949. Es ist aber nicht weniger wichtig, an den Rückfall in unmenschlichste Barbarei und die Aufkündigung der mitbürgerlichen Gesellschaft und des Lebensrechtes insbesondere gegenüber den als jüdisch eingeordneten Mitmenschen zu erinnern, der sich in den Jahren zwischen 1933 und 1945 ereignete. Einzig die SPD stimmte 1933 im Parlament gegen das verhängnisvolle „Ermächtigungsgesetz“ der Nazis.

Auch heute gibt es noch und wieder Feinde der Demokratie, mitten in unserer Gesellschaft. Sie brüten und wüten oft in den Echokammern des Internets, schrecken aber nicht davor zurück, Hass und Gewalt auf die Straßen zu tragen. Die SPD steht für eine „wehrhafte“ Demokratie, die nach außen und innen den Frieden sichert. Das kann nur erfolgen im Einvernehmen mit der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande, die sich mit ihrer Gesellschaft identifizieren, weil sie sich

in ihr teilhabend und gestaltend einbringen können. Dabei gilt, mit einem Wort des Philosophen und Pädagogen John Dewey: Demokratie muss bereits in der nachbarschaftlichen Gemeinschaft beginnen.
Vor Ort also. Bei uns. Hier in Hessen.

Was wir wollen: Hessen soll 2030 wieder vorn sein!

Eine gerechte, nachhaltige und lebensfähige Gesellschaft kann sich nur dann auf Dauer erfolgreich entwickeln, wenn sich alle Bürgerinnen und Bürger ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind und sich in einem solidarischen Miteinander einbringen. Hierzu bedarf es eines Bekenntnisses zur aktiven Zivilgesellschaft auf allen politischen Ebenen.

Die Basis unserer Demokratie findet sich in unseren Städten und Gemeinden, an den Orten, an denen Menschen unmittelbar die Probleme und Herausforderungen erleben, deren Lösungen unser Land nach vorne bringen kann: Sei es der Klima- und Naturschutz, der Städtebau und die Wohnungspolitik, sei es Gesundheit und Pflege, Bildung, Integration und Inklusion und ausreichende Hilfen für Schwache und Bedürftige.

Wer für unser Land „mehr Demokratie wagen“ (Willy Brandt) will, der muss auch dafür eintreten, mehr Teilhabe und mehr Solidarität bei uns verwirklichen zu wollen. Wir sind der festen Überzeugung, dass nur eine aktive Bürgergesellschaft unser Land zukunftsfähig machen kann und vertrauen deshalb auf die innovative Kraft und den Gestaltungswillen der Menschen vor Ort. Hierzu muss ihnen jedoch, über die bereits bestehenden formellen Möglichkeiten der Bürger- und Volksentscheide hinausgehend, die Möglichkeit eröffnet werden, gemeinsam

Lösungsstrategien zu erarbeiten, mit denen sich die Entscheidungsgremien auf allen politischen Entscheidungsebenen konstruktiv auseinander zu setzen haben. So wird mehr Demokratie Wirklichkeit.

Hessen 2030: Solidarisch nach vorn! Das kann und wird gelingen, wenn wir uns mit Wertschätzung und Respekt begegnen, zuhören und gemeinsam die aufgezeigten Wege beschreiten.

An der Erarbeitung des Textes wirkten mit:

Prof. Dr. Uwe Becker
Dr. Wolfgang Gern
Stefan Gillich
Heike Hofmann, MdL
Thomas Jung
Andreas Lipsch
Bettina Müller
Dr. Eberhard Martin Pausch
Dr. Thomas Posern
Karl-Christian Schelzke
Prof. Dr. Bernd Schlüter